



79. Jahrgang / Mai 2006

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

25. Bundesvergabegesetz 2006

26. Aktion Kunst im öffentlichen Raum-  
Gegenwartskunst im Landschafts-  
und Siedlungsraum

27. Küchenabfallentsorger  
aus abfallrechtlicher Sicht

Verbraucherpreisindex für März 2006  
(vorläufiges Ergebnis)

## 25.

### Bundesvergabegesetz 2006

Aufgrund der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG und der Judikatur des EuGH sind zahlreiche Änderungen und Anpassungen des bisher in Geltung stehenden Bundesvergabegesetzes 2002 notwendig geworden (die Umsetzungsfrist für die genannten Richtlinien ist am 31. Jänner 2006 abgelaufen).

Mit dem Bundesvergabegesetz 2006, BGBl. I Nr. 17/2006, (BVergG 2006), erfolgt eine Neukodifikation des Vergaberechts.

Im Folgenden werden die Änderungen anhand der Gesetzesmaterialien dargestellt. Im **Teil A** werden ausgewählte Themen zusammengefasst, **Teil B** enthält die weiteren Änderungen chronologisch nach Paragraphen geordnet.

Der dritte Teil (Vergabeverfahren für Sektorauftraggeber) und der vierte Teil (Rechtsschutz) des BVergG 2006 wird in dieser Zusammenfassung nicht berücksichtigt. Die Bestimmungen über den Rechtsschutz im Vollziehungsbereich des Landes Tirol sind derzeit noch im Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2002 (LGBl. Nr. 123/2002) geregelt. Die aufgrund der Neukodifikation des BVergG erforderlich gewordene Anpassung des Tiroler Vergabenachprüfungsgesetzes wird jedoch voraussichtlich erst per 1. Jänner 2007 erfolgen. Es gelten also bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin die Bestimmungen des Tiroler Vergabenachprüfungsgesetzes 2002 und der Tiroler Vergabepublikations- und Verwaltungsabgabenverordnung (LGBl. Nr. 13/2003). Auftraggeber im

Vollziehungsbereich des Landes haben daher Bekanntmachungen so wie bisher im Boten für Tirol zu veröffentlichen. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung zu Bekanntmachungen und Mitteilungen im Oberschwelkenbereich.

#### A

#### 1. In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften (§ 345):

Das BVergG 2006 ist mit **1. Februar 2006** in Kraft getreten. Im Vollziehungsbereich der Länder treten jedoch folgende Bestimmungen erst mit **1. Jänner 2007** in Kraft:

Die Bestimmungen über den Abschluss von Rahmenvereinbarungen, das dynamische Beschaffungssystem und den wettbewerblichen Dialog.

Die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Verständigung über das Ausscheiden eines Bieters (§ 129 Abs. 3, § 269 Abs. 4 und § 270 Abs. 6).

Die Bestimmungen über die Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen (§§ 141 und 280).

Die Bestimmungen gemäß § 2 Z. 16 (Festlegung der gesondert und nicht gesondert anfechtbaren Entscheidungen), dies jedoch mit Ausnahme der Bestimmung, dass nun auch die Widerrufsentscheidung eine gesondert anfechtbare Entscheidung ist. Diese zuletzt genannte Regelung ist also bereits mit 1. Februar 2006 in Kraft getreten.

Für Vergabeverfahren, die am 1. Februar 2006 bereits eingeleitet sind, gelten der erste bis dritte Teil des

BVergG 2006 nicht, auf diese Vergabeverfahren sind also weiterhin die Bestimmungen des BVergG 2002 anzuwenden. Auf bereits vor In-Kraft-Treten des BVergG 2006 abgeschlossene Rahmenvereinbarungen sind weiterhin die Bestimmungen des BVergG 2002 anzuwenden (§ 345 Abs. 2, zu den weiteren Übergangsvorschriften vgl. § 345)

## 2. Ausnahmen vom Geltungsbereich (§ 10):

**Z. 1** enthält zusätzlich die Möglichkeit, ein Verfahren aufgrund von bundes- oder landesgesetzlichen Bestimmungen für geheim zu erklären. **Z. 2** erweitert die Ausnahmebestimmung im Bereich der Landesverteidigung auch auf Bauleistungen.

**Z. 3 bis 5** wurden neu aufgenommen und betreffen Vergabeverfahren, die anderen Verfahrensregeln unterliegen (z. B. aufgrund einer internationalen Übereinkunft).

**Z. 7 „In-House-Vergabe“:** Diese neue Bestimmung enthält die durch die Judikatur des EuGH entwickelte Ausnahme betreffend „In-House-Vergaben“ (Erkenntnis „TECKAL“, Rs C-107/98).

Mit dem Erkenntnis „Stadt Halle“ (Rs C-26/03) hat der EuGH allerdings klargestellt, dass eine „Aufsicht wie über eigene Dienststellen“ (Z. 7 lit. a) in keinem Fall gegeben ist, wenn ein privater Unternehmer an der Gesellschaft beteiligt ist, dies gilt seit diesem Erkenntnis also auch in jenen Fällen, in denen eine nur minderheitliche Beteiligung vorliegt.

Die Frage der Anwendbarkeit dieser Ausnahmebestimmung auf „Gemischt öffentliche Gesellschaften“ (Beteiligung mehrerer öffentlicher Auftraggeber ohne Beteiligung privater Unternehmen) wurde vom EuGH in der o. a. Entscheidung nicht behandelt. Eine „In-House-Vergabe“ an solche Gesellschaften ist also derzeit – wenn die Voraussetzungen der Z. 7 vorliegen – zumindest nicht explizit ausgeschlossen.

Fraglich ist auch, unter welchen Voraussetzungen die Leistungen „im Wesentlichen für den oder die öffentlichen Auftraggeber“ erbracht werden (§ 10 Z. 7 lit. b). Nach den erläuternden Bemerkungen stellt die Bestimmung des Art. 23 Abs. 3 der Sektorenrichtlinie 2004/17/EG „ein gewisses Indiz für die Höhe des Prozentsatzes“ dar (80 % des Umsatzes).

In **Z. 11** wird klargestellt, dass insbesondere alle mit Finanzinstrumenten (z. B. Schuldscheinen, Kreditverträgen usw.) hinterlegten Kredit- oder Darlehensaufnahmen von öffentlichen Auftraggebern und von Sek-

torenauftraggebern nicht mehr dem Vergaberegime unterliegen. Nach den Gesetzesmaterialien soll diese Ausnahme auch für nicht mit Finanzinstrumenten hinterlegte Kredit- oder Darlehensaufnahmen von öffentlichen Auftraggebern gelten, sofern sie Teil der „öffentlichen Kreditpolitik“ sind.

In den **Z. 14 und 15** werden die Beschaffungen von Leistungen unter Rückgriff auf eine zentrale Beschaffungsstelle vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Dies betrifft sowohl den Fall, dass ein Auftraggeber eine Leistung direkt von einer zentralen Beschaffungsstelle erwirbt, als auch jene Fälle, in denen ein Auftraggeber eine zentrale Beschaffungsstelle mit einer Dienstleistung, nämlich mit der Abwicklung einer Beschaffung in seinem Namen und auf seine Rechnung beauftragt.

**Z. 17** enthält eine neue Ausnahmebestimmung für die Auftragsvergabe an Baukonzessionäre.

## 3. Schwellenwerte:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2083/2005 der Kommission vom 19. Dezember 2005 wurden die Schwellenwerte mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2006 neu festgelegt. Die Verordnung gilt unmittelbar, sodass auch nach In-Kraft-Treten des BVergG 2006 (vgl. § 12) per 1. Februar 2006 die in der Verordnung festgelegten Schwellenwerte weiter gelten.

Der Schwellenwert für den Oberschwellenbereich beträgt somit

für Lieferaufträge	€ 211.000,-
für Dienstleistungsaufträge	€ 211.000,-
für Bauaufträge	€ 5.278.000,-

## 4. Geänderte Wertgrenzen für die Wahl bestimmter Verfahrensarten:

### § 41 Direktvergabe:

Eine Direktvergabe ist nun generell bis zu einem geschätzten Auftragswert von weniger als € 40.000,- (bisher € 20.000,-) zulässig.

Im Abs. 4 wird festgelegt, dass die Leistung nur von einem befugten, leistungsfähigen und zuverlässigen Unternehmer bezogen werden darf. Die Anforderung von Nachweismitteln (Eignungsnachweise gemäß den §§ 69 ff) ist nicht zwingend vorgeschrieben. Nach den Gesetzesmaterialien kann bereits der äußere Anschein eines befugten Gewerbebetriebes für die Annahme des Vorliegens der Eignung ausreichend sein.

Wenn eine Vergabekontrollbehörde feststellt, dass eine Direktvergabe offenkundig unzulässig war, wird

das Vertragsverhältnis zum Zeitpunkt der Feststellung gemäß § 132 Abs. 3 nichtig.

#### **§ 37 Nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung:**

Die Bestimmung ist inhaltlich unverändert, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ist dieses Verfahren nun jedoch bis zu einem geschätzten Auftragswert von weniger als € 80.000,- (bisher € 60.000,-) zulässig.

#### **§ 38, Zusätzliche Möglichkeiten der Wahl des Verhandlungsverfahrens:**

Im Unterschwellenbereich können Liefer- und Dienstleistungsaufträge nun generell im Verhandlungsverfahren nach vorheriger Bekanntmachung vergeben werden. Für Bauaufträge ist dies nur zulässig, wenn der geschätzte Auftragswert weniger als € 350.000,- beträgt.

Im Abs. 2 werden die Zulässigkeitsvoraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung normiert. Bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ist ein solches Verfahren nun bei weniger als € 60.000,- zulässig (bisher € 40.000,-).

Abs. 3 ersetzt die bisherige Regelung des § 26 Abs. 4 BVergG 2002. Aufträge über geistige Dienstleistungen können nun also in einem Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung mit nur einem Unternehmer, vergeben werden, wenn die Kosten eines Beschaffungsvorganges wirtschaftlich nicht vertretbar sind und der geschätzte Auftragswert weniger als € 105.500,- beträgt (50% des Schwellenwertes für Dienstleistungsaufträge gemäß § 12 Abs. 1 Z. 2, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2083/2005).

#### **5. Bekanntmachungen:**

##### **§§ 46 bis 55:**

Bei den Bekanntmachungen auf Gemeinschaftsebene (§ 50) ist zu beachten, dass die Übermittlung nicht mehr an das Amt für amtliche Veröffentlichungen zu erfolgen hat sondern direkt an die Kommission ergeht. Die Standardformulare können Online auf der SIMAP-Homepage (<http://simap.eu.int>) ausgefüllt werden. Die Verfahrensmodalitäten werden ebenfalls auf der SIMAP-Homepage festgelegt.

Darüber hinaus finden sich auf der SIMAP-Homepage Angaben zur Verwendung der CPV und weiterer Nomenklaturen.

Zusätzliche Publikationsmedien im Oberschwellenbereich und im Unterschwellenbereich (§§ 52 und 55) können, müssen aber nun nicht mehr durch eine entsprechende Verordnung festgelegt werden. In Tirol ist

derzeit sowohl im Ober- als auch im Unterschwellenbereich die Veröffentlichung im Boten für Tirol vorgeschrieben (Tiroler Vergabepublikations- und Verwaltungsabgabenverordnung, LGBL. Nr. 13/2003).

Zu § 53 ist anzumerken, dass eine Vorinformation nun nicht mehr verpflichtend vorgesehen ist.

§ 54 beinhaltet die Verpflichtung zur Bekanntgabe vergebener Aufträge.

#### **6. Vereinfachte Verfahren:**

##### **§§ 8 und 11 Dienstleistungskonzessionsverträge:**

Im BVergG 2002 galten für Dienstleistungskonzessionen neben den Bestimmungen des ersten Teils insbesondere auch die allgemeinen Grundsätze der Leistungsvergabe (§ 21 BVergG 2002) sowie Bestimmungen über die Bekanntmachung (§ 44 BVergG 2002). Nach dem BVergG 2006 sind nun nur mehr die primärrechtlichen Grundsätze (Diskriminierungsverbot, Transparenzgebot, Wettbewerbsgrundsatz) zu beachten. Aufgrund des Transparenzgebotes ist die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen jedoch nach wie vor bekannt zu machen, die Art der Bekanntmachung bleibt dem Auftraggeber überlassen (z. B. im Boten für Tirol und/oder im Internet). „Grundsätzlich“ ist ein Verfahren mit mehreren Unternehmern durchzuführen. Eine mögliche Ausnahme von diesem Grundsatz könnte nach den Gesetzesmaterialien bei besonderer Dringlichkeit vorliegen. Der Vergabespezifische Rechtsschutz ist nicht anwendbar, die Rechtsschutzfunktion verbleibt somit bei den ordentlichen Gerichten. Dieses vereinfachte Regime für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen gilt sowohl im Ober-, als auch im Unterschwellenbereich. Zu beachten ist, dass auch bei Dienstleistungskonzessionsverträgen eine Direktvergabe nur unterhalb des Schwellenwertes von € 40.000,- zulässig ist.

##### **§ 141, Vergabe von nicht prioritären Dienstleistungsaufträgen:**

Als nicht prioritäre Dienstleistungen gelten alle im Anhang IV des Gesetzes aufgezählten Kategorien und darüber hinaus alle Dienstleistungen, die nicht als prioritäre Dienstleistungen gemäß Anhang III eingestuft werden (Siehe Anhang IV Kategorie 27 „sonstige Dienstleistungen“).

Der Grund für diese Unterscheidung liegt nach den Gesetzesmaterialien darin, dass sich nicht prioritäre Dienstleistungen in der Regel nicht in der selben Art und Weise für ein Vergabeverfahren eignen wie prioritäre Dienstleistungen (z. B. Rechtsberatung, Arbeits-

und Arbeitskräftevermittlung, Unterrichtswesen und Berufsausbildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Kultur- und Sport).

Bei diesen nicht prioritären Dienstleistungen ist nun – abweichend von der bisherigen Regelung nach dem BVergG 2002 – der Auftraggeber nicht mehr auf eine bestimmte, im BVergG 2006 genannte Verfahrensart eingeschränkt. Das Verfahren muss allerdings folgende Anforderungen erfüllen:

Grundsätzlich sind an dem Verfahren mehrere Unternehmer zu beteiligen. Bei (nicht prioritären) geistigen Dienstleistungen ist unter den im § 141 Abs. 3 Satz 2 genannten Voraussetzungen ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung mit nur einem Unternehmer zulässig. Ein solches Verfahren ist darüber hinaus in all jenen Fällen zulässig, in denen eine entsprechende Ausnahmebestimmung für prioritäre Dienstleistungen besteht (vgl. § 30 Abs. 2 Z. 2).

Das Verfahren ist grundsätzlich bekannt zu machen (nach den Gesetzesmaterialien genügt auch eine Bekanntmachung im Internet, ansonsten in lokalen, regionalen, nationalen oder internationalen Medien). Von einer Bekanntmachung des Verfahrens kann allerdings dann Abstand genommen werden, wenn die Voraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vorliegen (§ 30 Abs. 2, § 38 Abs. 2 Z. 2 oder 4). Nähere Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen ein „angemessener Grad von Öffentlichkeit“ gewährleistet ist, enthalten weder das Gesetz noch die Gesetzesmaterialien. Die Bekanntmachung muss jedenfalls jene grundsätzlichen Informationen enthalten, die interessierten Unternehmen die Beurteilung ermöglicht, ob ein bestimmter Auftrag für sie von Interesse sein könnte.

Eine Direktvergabe ist auch bei der Vergabe von nicht prioritären Dienstleistungsaufträgen nur bis zu einem geschätzten Auftragswert von weniger als € 40.000,- zulässig.

Anzumerken ist, dass die Vergabe von nicht prioritären Dienstleistungsaufträgen (im Unterschied zu Dienstleistungskonzessionen) dem vergabespezifischen Rechtsschutz unterliegt und sowohl bei der Zuschlags- als auch bei der Widerrufsentscheidung „außer in sachlich gerechtfertigten Ausnahmefällen“ die Stillhaltefrist zu beachten ist (§ 141 Abs. 5).

#### **7. Eignungsanforderungen und Eignungsnachweise (§§ 70 bis 78):**

Die Bestimmungen über die berufliche Befugnis, berufliche Zuverlässigkeit, finanzielle und wirtschaftliche

Leistungsfähigkeit sowie technische Leistungsfähigkeit wurden systematisch neu geordnet und zum Teil umformuliert, entsprechen aber inhaltlich weitgehend den bisherigen Regelungen.

Darüber hinaus wurden zur Frage der Erbringung verschiedener Nachweise durch Bieter und Bietergemeinschaften folgende neue Regelungen in das BVergG aufgenommen:

§ 70 Abs. 5 regelt nun die Erbringung von Nachweisen durch Bietergemeinschaften.

§ 75 Abs. 2 und 3 enthält Vorschriften über den Nachweis von Referenzen, die für alle Auftragsarten gelten.

Der Katalog von möglichen Nachweisen im § 75 Abs. 5 (Lieferaufträge), Abs. 6 (Baufaufträge) und Abs. 7 (Dienstleistungsaufträge) wurde zum Teil für einzelne Auftragsarten ergänzt (Vergleiche z. B. Abs. 5 Z. 7, 8, 9, Abs. 6 Z. 2, 4, 7, 8, Abs. 7 Z. 6, 10).

Im § 76 wurde entsprechend der Judikatur des EuGH der Nachweis der Leistungsfähigkeit durch andere Unternehmer und in Bieter- und Arbeitsgemeinschaften festgelegt. Ein Unternehmer kann nun die eigene (fehlende) Leistungsfähigkeit durch den Nachweis ersetzen, dass die für die Auftrags Erfüllung nötigen Mittel bei einem anderen Unternehmen vorhanden sind und dass ihm diese Mittel auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei der Substitution der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird es allerdings empfehlenswert sein, zusätzlich geeignete Sicherungsmittel (z. B. Bankgarantie) zu verlangen.

§ 77 Abs. 2 regelt den Nachweis der Erfüllung bestimmter Normen für das Umweltmanagement.

Neu ist auch die Bestimmung gemäß § 78 wonach bei Bauaufträgen unterhalb von € 120.000,- und bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen unterhalb von € 80.000,- im Einzelfall von Eignungsnachweisen abgesehen werden kann, wenn die Eignung von bestimmten Unternehmern bereits bekannt ist.

#### **8. Alternativangebote, Abänderungsangebote:**

##### **§ 81 Alternativangebote:**

Nach der Regelung des BVergG 2002 waren Alternativangebote grundsätzlich zuzulassen. Rechtliche Alternativangebote konnten zwar ausgeschlossen werden, bei technischen Alternativen war dies jedoch nur möglich, wenn eine sachliche Rechtfertigung bestand.

Nach der Neuregelung des § 81 gilt nun Folgendes:

Wenn in den Ausschreibungsunterlagen keine Angaben über die Zulässigkeit von Alternativangeboten gemacht werden, sind Alternativangebote nicht zulässig.

Wenn Alternativangebote (ohne nähere Bestimmung) zugelassen werden, sind diese (wie bisher) nur neben einem ausschreibungsgemäßen Angebot zulässig. Alternativangebote ohne ein ausschreibungsgemäßes Angebot sind (wie bisher) nur zulässig, wenn dies in der Ausschreibung ausdrücklich zugelassen wird.

Im Fall der Zulassung von Alternativangeboten können nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit einzelner Arten von Alternativangeboten (wirtschaftliche, rechtliche oder technische Alternativen) getroffen werden. Insbesondere können einzelne Arten von Alternativangeboten ohne nähere Begründung ausgeschlossen werden.

Alternativangebote sind bei Auftragsvergaben nach dem Billigstangebotsprinzip (wie bisher) jedenfalls ausgeschlossen.

#### **§ 82 Abänderungsangebote:**

Abänderungsangebote stellen eine neue Kategorie von Angeboten dar (vgl. dazu auch § 2 Z. 1). Nach den erläuternden Bemerkungen soll damit speziell bei der Vergabe nach dem Billigstangebotsprinzip die Möglichkeit eröffnet werden, geringfügige Abweichungen von der ausgeschriebenen Leistung zu ermöglichen. Abänderungsangebote betreffen daher typischerweise nur einzelne Positionen. Voraussetzung ist, dass die angebotene Leistung mit der vom Auftraggeber verlangten technisch gleichwertig oder besser ist. Bei der Auslegung, ob es sich noch um ein Abänderungsangebot oder bereits um ein Alternativangebot handelt, ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Abweichend von der Systematik bei den Alternativangeboten gilt bei Abänderungsangeboten Folgendes:

Wenn in der Ausschreibung keine Regelung über Abänderungsangebote getroffen wird, sind diese zulässig.

Die Zulässigkeit von Abänderungsangeboten kann auf einzelne, in den Ausschreibungsunterlagen bezeichnete Positionen beschränkt werden.

Abänderungsangebote können ohne Angabe von Gründen auch generell ausgeschlossen werden.

Abänderungsangebote ohne ein ausschreibungsgemäßes Angebot sind nur zulässig, wenn dies in der Ausschreibung ausdrücklich zugelassen wird.

#### **§ 83 Subunternehmer:**

So wie bisher ist die Weitergabe des gesamten Auftrages (mit Ausnahme von Kaufverträgen) an Subunternehmer unzulässig. Eine Änderung ergibt sich aber insofern, als die bisherige Beschränkung (§ 70 BVergG 2002), wonach der Auftraggeber den wesentlichen Leis-

tungsteil selbst erbringen musste, nicht aufrecht erhalten wurde.

Diese neue Regelung steht im Zusammenhang mit § 76, wonach es genügt, dass die eigene (mangelnde) Leistungsfähigkeit durch den Nachweis von Kapazitäten eines leistungsfähigen Dritten ersetzt wird. Es können daher nun auch wesentliche Leistungsteile durch Subunternehmer erbracht werden.

Weitere Regelungen betreffend Subunternehmer finden sich im § 103 Abs. 3 (Nachweis der Leistungsfähigkeit durch Subunternehmer im zweistufigen Verfahren) und im § 108 Abs. 1 Z. 2 (Bekanntgabe der Subunternehmer im Angebot).

Der Auftraggeber hat in der Ausschreibung festzulegen, ob der Bieter alle Subunternehmer bekanntzugeben hat oder nicht. Die zum Nachweis der Leistungsfähigkeit erforderlichen Subunternehmer sind vom Bieter gemäß § 108 Abs. 1 Z. 2 in jedem Fall anzugeben.

#### **9. Zuschlag, Widerruf:**

##### **§ 131 Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung:**

Die bisher im § 100 BVergG 2002 enthaltene Regelung wurde in mehrfacher Hinsicht geändert:

Die Verständigungspflicht besteht nur mehr gegenüber jenen Bietern, die nicht ausgeschlossen wurden, deren Angebote nicht ausgeschieden wurden bzw. wenn die Ausscheidungsentscheidung noch nicht rechtskräftig ist.

Das Erfordernis der gleichzeitigen Verständigung ist entfallen. Die Mitteilung der Zuschlagsentscheidung hat primär elektronisch oder mittels Telefax zu erfolgen, soweit diese Übermittlungsarten nicht möglich sind, ist nun auch eine briefliche Mitteilung zugelassen.

Es muss den Bietern nun auch das Ende der Stillhaltefrist mitgeteilt werden.

Die Gründe für die Ablehnung von Angeboten müssen bereits mit der Zuschlagsentscheidung mitgeteilt werden, die Ausnahmen von der Verpflichtung zur Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung werden in den Z. 1 bis 8 taxativ aufgezählt.

Zu beachten ist, dass im Fall einer nicht gleichzeitigen Mitteilung der Zuschlagsentscheidung die Stillhaltefrist und die Nachprüfungsfrist zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu laufen beginnen. Es wird daher zweckmäßig sein, die Zuschlagsentscheidungen so wie bisher möglichst gleichzeitig bekannt zu geben.

##### **§ 132 Stillhaltefrist, Nichtigkeit der Zuschlagserteilung, Geltendmachung der Nichtigkeit:**

Der Zuschlag darf bei sonstiger absoluter Nichtigkeit nicht innerhalb einer Stillhaltefrist von 14 Tagen erteilt

werden. Der richtigen Berechnung und Einhaltung dieser Frist kommt also – wie schon bisher – größte Bedeutung zu.

Wie oben erwähnt ist das Erfordernis der gleichzeitigen Verständigung entfallen, weil nun auch eine briefliche Übermittlung zulässig ist. Die Stillhaltefrist beginnt bei einer Übermittlung auf elektronischem Weg oder mittels Telefax so wie bisher mit der Bekanntgabe der Mitteilung der Zuschlagsentscheidung.

Bei der – neu eingeführten – brieflichen Übermittlung beginnt die Stillhaltefrist mit der Absendung der Mitteilung der Zuschlagsentscheidung.

Im § 132 Abs. 1 werden jene Fälle, bei denen sich die Stillhaltefrist auf sieben Tage verkürzt, taxativ aufgezählt. Unter anderem gilt diese Verkürzung der Frist bei allen Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich.

Wenn die Verpflichtung zur Mitteilung der Zuschlagsentscheidung gesetzwidrig unterlassen wird, ist der Zuschlag absolut nichtig.

Das grundsätzlich durch einen Zuschlag begründete Vertragsverhältnis ist im Fall absoluter Nichtigkeit von Anfang an unwirksam. Abgesehen von möglichen Schadenersatzansprüchen müssten bereits erbrachte Leistungen rückabgewickelt werden sofern dies noch möglich ist.

Gemäß Abs. 3 sind nun auch jene Fälle ausdrücklich mit Nichtigkeit bedroht, in denen eine Zuschlagserteilung direkt an einen Unternehmer erfolgte, ohne dass andere Unternehmer an diesem Vergabeverfahren beteiligt waren.

Nach den Gesetzesmaterialien ist daher von der Nichtigkeitsstrafe nicht nur eine rechtswidrige Direktvergabe sondern z. B. auch ein Verhandlungsverfahren mit nur einem Unternehmer bedroht.

Die Nichtigkeitsfolgen sollen gemäß Abs. 3 Z. 2 nur eintreten, wenn die Zuschlagserteilung „offenkundig unzulässig“ war. Nach den Gesetzesmaterialien würde ein „offenkundiger“ Rechtsverstoß z. B. dann nicht vorliegen, wenn der Auftraggeber über das Vorliegen eines Tatbestandes, der die Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit nur einem Bieter rechtfertigt, einem entschuldigen Irrtum unterlegen ist.

#### **§ 100 Sonderbestimmungen für den Unterschwellenbereich, Wahl des Zuschlagsprinzips:**

Im Unterschwellenbereich hat der Auftraggeber nun die freie Wahl des Zuschlagsprinzips. Es kann daher der Zuschlag unabhängig vom Leistungsinhalt dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot oder dem

Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt werden. Sofern in der Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen keine diesbezügliche Festlegung erfolgt, ist der Zuschlag dem Angebot mit dem niedrigsten Preis zu erteilen. Die Anwendung des Billigstangebotsprinzips setzt allerdings voraus, dass die Angebote vergleichbar sind.

#### **§§ 138 und 139 Widerruf:**

Geändert haben sich insbesondere jene Fälle, in denen der Auftraggeber ein Vergabeverfahren widerrufen kann (§ 139 Abs. 2). Für diesen Widerruf sind nicht mehr „schwerwiegende Gründe“ erforderlich sondern es genügen „sachliche Gründe“. In den Gesetzesmaterialien wird ausgeführt, dass an die Voraussetzungen für „sachliche Gründe“ kein strenger Maßstab anzulegen ist.

Nicht übernommen wurde der ex lege Widerruf („gilt als widerrufen“) des bisherigen § 105 Abs. 3 BVergG 2002. Wenn kein Angebot eingelangt ist oder nach dem Ausscheiden kein Angebot im Vergabeverfahren verbleibt ist das Verfahren daher nun ebenfalls zu widerrufen, auch dieser Widerruf ist anfechtbar.

#### **§ 140 Bekanntgabe der Widerrufsentscheidung, Stillhaltefrist, Unwirksamkeit des Widerrufs:**

Nach den Bestimmungen des BVergG 2002 war im Fall eines rechtswidrigen Widerrufs nur ein Feststellungsverfahren mit der anschließenden Möglichkeit, Schadenersatz geltend zu machen, vorgesehen. Die Entscheidung über den Widerruf selbst war nicht aufhebbar.

§ 140 beinhaltet nun ein zweistufiges System, welches ähnlich geregelt ist wie die Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung gemäß den §§ 131 ff. Es ist also zunächst die Widerrufsentscheidung bekannt zu geben, sodann ist bei sonstiger Unwirksamkeit des Widerrufs eine Stillhaltefrist einzuhalten. Innerhalb dieser Frist kann der Widerruf bekämpft werden. Erst nach Ablauf der Stillhaltefrist darf die Widerrufserklärung erfolgen.

Die Stillhaltefrist beträgt ebenso wie beim Zuschlag 14 Tage und verkürzt sich aus den im § 140 Abs. 4 genannten Gründen auf sieben Tage. Diese siebentägige Frist gilt insbesondere auch bei allen Verfahren im Unterschwellenbereich.

Da die Widerrufsentscheidung eine gesondert anfechtbare Entscheidung darstellt, muss der Auftraggeber den Bietern das jeweilige Ende der Stillhaltefrist und auch die Gründe des Widerrufs mitteilen (§ 140 Abs. 2).

Abs. 8 normiert eine neue Feststellungskompetenz der Vergabekontrollbehörden für jene Fälle, in denen

weder ein Zuschlag erteilt noch der Widerruf erklärt wird.

#### **10. Änderungen/Ergänzungen einzelner Verfahrensarten:**

##### **§§ 28 bis 30 und § 105 Verhandlungsverfahren:**

Die im § 25 BVergG 2002 enthaltenen Bestimmungen werden nun für Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge jeweils gesondert normiert.

Neu ist, dass nun auch Verhandlungen, die bloße Preisänderungen zum Inhalt haben, zulässig sind.

Die Möglichkeit, ein Verhandlungsverfahren nach vorheriger Bekanntmachung durchzuführen, wenn es sich um Leistungen handelt, die ihrer Natur nach oder wegen der mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken eine vorherige globale Preisgestaltung nicht zulassen, wird nun sowohl für Bau-, Liefer-, als auch Dienstleistungsaufträge eingeräumt (§ 28 Abs. 1 Z. 3, § 29 Abs. 1 Z. 2, § 30 Abs. 1 Z. 2).

§ 105 enthält nun auch einen Rahmen für den Ablauf eines Verhandlungsverfahrens, wobei jedoch nach den Gesetzesmaterialien die Formalisierung dieser Verfahrensart auf ein Minimum beschränkt werden sollte.

Grundsätzlich besteht eine Verhandlungspflicht (§ 105 Abs. 1 Satz 1), davon ausgenommen sind Verhandlungsverfahren mit nur einem Bieter (§ 105 Abs. 1 Satz 2).

Aufgrund der Verhandlungspflicht ist es auch grundsätzlich nicht zulässig, vor dem Verhandeln eine Auswahl zu treffen, mit welchen Unternehmern verhandelt wird. Eine derartige Vorgangsweise ist nur unter den Voraussetzungen des § 105 Abs. 4 zulässig.

Im Abs. 2 wird die Möglichkeit eröffnet, ein Verhandlungsverfahren in mehreren aufeinander folgenden Phasen durchzuführen.

Hinzuweisen ist auch auf die Bestimmung des Abs. 5, wonach an den bekannt gegebenen Zuschlagskriterien während des Verhandlungsverfahrens keine Änderung vorgenommen werden darf, wenn dies nicht in den Ausschreibungsunterlagen anders festgelegt wurde. Allfällige Änderungen in der Anwendung der Zuschlagskriterien müssen vorab fixiert und allen Teilnehmern bekannt gegeben werden.

##### **§ 31 und §§ 146 bis 149 Elektronische Auktion:**

Eine elektronische Auktion stellt nun kein selbstständiges Vergabeverfahren mehr dar, sondern darf nur in Verbindung mit einem offenen Verfahren, einem nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung, bei bestimmten Verhandlungsverfahren sowie bei Auf-

tragsvergaben im Weg einer Rahmenvereinbarung oder im Weg eines „dynamischen Beschaffungssystems“ angewendet werden (§ 31 Abs. 2).

Die elektronische Auktion ist nun auch im Oberschwellenbereich zulässig.

##### **§§ 150 bis 152 Rahmenvereinbarung:**

Die Definition der Rahmenvereinbarung findet sich im § 25 Abs. 7, die Zulässigkeitsvoraussetzungen in den §§ 32 und 40.

Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung ist im Unterschwellenbereich gemäß § 40 auch nach Durchführung eines Verhandlungsverfahrens gemäß § 38 Abs. 1 möglich.

Gemäß § 25 Abs. 7 beinhaltet eine Rahmenvereinbarung keine Abnahmeverpflichtung für den Auftraggeber.

Der Abschluss einer Rahmenvereinbarung erfolgt somit nach den allgemeinen Regelungen des BVergG, ergänzt durch die Sonderbestimmungen des § 151, also nach Durchführung eines offenen Verfahrens, eines nicht offenen Verfahrens mit vorheriger Bekanntmachung oder eines Verhandlungsverfahrens (§ 32).

Für die Vergabe von Aufträgen auf der Basis einer Rahmenvereinbarung gelten hingegen ausschließlich die §§ 150 Abs. 2, 151, 152 sowie die in diesen Bestimmungen verwiesenen §§.

Die Wahl des Zuschlagsprinzips obliegt allein dem Auftraggeber (technisch und wirtschaftlich günstigstes Angebot oder Angebot mit dem niedrigsten Preis).

Die Möglichkeit zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung besteht nun auch im Oberschwellenbereich.

##### **§§ 153 bis 155 Wettbewerbe:**

§ 153 unterscheidet nun zwischen Ideenwettbewerben und Realisierungswettbewerben. Ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung im Anschluss an einen Wettbewerb gemäß § 30 Abs. 2 Z. 6 war schon bisher im BVergG 2002 unter den im § 25 Abs. 6 Z. 6 genannten Voraussetzungen zulässig.

§ 155 Abs. 6 wurde um Bestimmungen über die Erstellung einer Niederschrift des Preisgerichtes bzw. über den zwischen dem Preisgericht und den Wettbewerbsteilnehmern allenfalls stattfindenden Dialog ergänzt.

Nach den Gesetzesmaterialien könnte als Grundlage für die Ausarbeitung einer Wettbewerbsordnung gemäß § 155 Abs. 3 z. B. die Wettbewerbsordnung Architektur bzw. die Wettbewerbsordnung für das Ingenieurwesen dienen.

## 11. Neue Verfahrensarten:

### §§ 156 bis 158 Dynamisches Beschaffungssystem:

Gemäß § 25 Abs. 8 ist das dynamische Beschaffungssystem ausschließlich ein vollelektronisches Verfahren für die Beschaffung von Leistungen, bei denen die allgemein auf dem Markt verfügbaren Merkmale den Anforderungen des Auftraggebers genügen („marktübliche Leistungen“).

Gemäß § 33 können Aufträge aufgrund eines dynamischen Beschaffungssystems nur dann vergeben werden, wenn dieses nach Durchführung eines offenen Verfahrens eingerichtet wurde.

Der Abschluss eines dynamischen Beschaffungssystems folgt somit den allgemeinen Regelungen des BVergG über die Durchführung eines offenen Verfahrens sowie der Sonderbestimmung des § 157.

Für die Vergabe von Aufträgen auf Basis eines dynamischen Beschaffungssystems gelten hingegen ausschließlich die §§ 156 Abs. 2, 157, 158 sowie die verwiesenen §§.

Das dynamische Beschaffungssystem ist sowohl im Ober- als auch im Unterschwellenbereich zulässig.

Im Unterschied zur Rahmenvereinbarung steht das dynamische Beschaffungssystem während der gesamten Laufzeit für alle Unternehmer offen (§ 157 Abs. 6). Zudem geben die Unternehmer zunächst nur unverbindliche Erklärungen zur Leistungserbringung ab (§ 157 Abs. 6).

### §§ 159 bis 162 Wettbewerblicher Dialog:

Die Definition des wettbewerblichen Dialogs findet sich im § 25 Abs. 9, die Zulässigkeitsvoraussetzungen im § 34. Nach den Gesetzesmaterialien ist diese Verfahrensart für besonders komplexe Vorhaben vorgesehen (wenn es z. B. für den Auftraggeber objektiv unmöglich ist, zu beurteilen, was der Markt an technischen bzw. finanziellen/rechtlichen Lösungen bieten kann). Als Beispiele werden integrierte Verkehrsinfrastrukturprojekte, große Computernetzwerke oder Vorhaben mit einer komplexen und strukturierten Finanzierung angeführt.

Die Teilnahme am wettbewerblichen Dialog gemäß § 160 ist den Regelungen über zweistufige Verfahren nachgebildet.

Ziel der Dialogphase gemäß § 161 ist es, die bestgeeigneten Lösungen zu ermitteln.

Nach Beendigung der Dialogphase werden die verbliebenen Dialogpartner zur Angebotsabgabe gemäß § 162 aufgefordert.

## B. Sonstige Änderungen/Ergänzungen:

### Regelungsgegenstand und Begriffsbestimmungen

#### § 1 Regelungsgegenstand:

Abs. 1 enthält eine neue Umschreibung des Geltungsbereiches.

Abs. 2 enthält eine Regelung für Tätigkeiten, die weder überwiegend dem 2. Teil („klassischer Bereich“) noch dem 3. Teil („Sektorenbereich“) zugeordnet werden können, solche Tätigkeiten sind dem 2. Teil zu unterstellen.

Schon bisher war die Aufteilung von Aufträgen zur Umgehung der Anwendung der Vorschriften für den Oberschwellenbereich verboten. Abs. 3 soll nun nicht nur das Auftragsplitting sondern auch ein sachlich nicht gerechtfertigtes Zusammenziehen von Aufträgen verbieten (z. B. Zusammenziehen von „ausgenommenen“ Aufträgen mit „nicht ausgenommenen“ Aufträgen).

#### § 2 Begriffsbestimmungen:

##### Z. 4 bis 6:

Es ist nun zwingend vorgeschrieben, dass das Angebot einen so genannten „Angebotshauptteil“ enthalten muss. Dieser Angebotshauptteil hat zwingend zumindest die im § 2 Z. 5 genannten Angaben zu enthalten. In diesen Hauptteil ist also auch das neu definierte Angebotsinhaltsverzeichnis (Z. 6) aufzunehmen.

##### Z. 8:

Im BVergG 2002 wurde der Auftraggeber als „natürliche oder juristische Person“ definiert. Dieser Begriff wird im BVergG 2006 durch den Begriff „Rechtsträger“ ersetzt.

##### Z. 16:

Das System der gesondert anfechtbaren und nicht gesondert anfechtbaren Entscheidungen wird beibehalten. Es wird nun ausdrücklich klargestellt (Z. 16 lit.a), dass gesondert anfechtbare Entscheidungen nur dann vorliegen, wenn sie „nach außen in Erscheinung treten“. Beschlüsse im Rahmen der internen Willensbildung des Auftraggebers sind also nach wie vor nicht anfechtbar, demnach ist das Unterlassen einer Entscheidung grundsätzlich kein bekämpfbarer Akt.

Gesondert anfechtbar ist nun auch die Entscheidung über das Ausscheiden eines Angebots (Z. 16 lit. a/aa). Diese Entscheidung ist daher nun dem betroffenen Bieter bekannt zu geben (§ 129 Abs. 3).

Ebenso ist nun auch die Widerrufsentscheidung als gesondert anfechtbare Entscheidung im Gesetz angeführt (Z. 16 lit. a/aa). Es ist daher nun zuerst die Entscheidung über den beabsichtigten Widerruf bekannt zu

geben, der Widerruf darf sodann erst nach Ablauf einer Stillhaltefrist erklärt werden (§ 140).

Weitere Neuerungen betreffen einzelne Verfahrensarten und berücksichtigen auch das neu geschaffene „dynamische Beschaffungssystem“ sowie den „wettbewerblichen Dialog“.

#### Z. 18:

Der bisherige Begriff „geistig schöpferische Dienstleistungen“ wird durch den Begriff „geistige Dienstleistungen“ ersetzt, inhaltliche Änderungen ergeben sich dadurch nicht.

#### Z. 20:

Inhaltlich sollen sich gemäß den Gesetzesmaterialien bei den Auswahl-, Beurteilungs-, Eignungs- und Zuschlagskriterien keine Änderungen ergeben. Auch die Änderung der Definition der Zuschlagskriterien, wonach diese ausnahmsweise auch in der Reihenfolge ihrer Bedeutung festgelegt werden können, soll offenbar lediglich der Klarstellung dienen. Eine Abweichung von der grundsätzlich aufrecht bleibenden Verpflichtung zur Gewichtung von Zuschlagskriterien ist nur unter den Voraussetzungen des § 80 Abs. 3 zulässig. Die Aufzählung der zulässigen Zuschlagskriterien in Z. 20 lit.d/aa ist lediglich demonstrativ.

#### Z. 34:

Die technischen Spezifikationen für Bauleistungen einerseits sowie für Lieferungen und Dienstleistungen andererseits werden nun getrennt definiert.

#### Z. 41:

Diese Bestimmung definiert den Begriff „vergebende Stelle“. Im § 80 Abs. 1 wird (neu) normiert, dass auch die vergebende Stelle genau zu bezeichnen ist.

#### Z. 44 und 45:

Wie oben erwähnt muss nun auch im Fall eines beabsichtigten Widerrufs zunächst die Widerrufsentscheidung an die Unternehmer bekannt gegeben werden. Demgemäß definieren die Z. 44 und 45 die Begriffe „Widerrufsentscheidung“ und „Widerrufserklärung“.

#### Z. 47:

Es wird der Begriff „zentrale Beschaffungsstelle“ definiert. Als zentrale Beschaffungsstellen können ausschließlich öffentliche Auftraggeber fungieren. Nach den Gesetzesmaterialien wäre es zulässig, derartige Beschaffungsstellen auch auf Landesebene oder auf regionaler Ebene einzurichten.

#### Z. 48 und 49:

Hier wird klargestellt, dass die „Zuschlagsentscheidung“ nur eine nicht verbindliche Absichtserklärung

darstellt, erst mit der „Zuschlagserteilung“ erfolgt die verbindliche Annahme des Angebots. Die Zuschlagserteilung muss schriftlich erfolgen. Informelle telefonische Mitteilungen sind daher nicht verbindlich.

**Sonstige Änderungen/Ergänzungen** enthalten die Z. 15, 17, 19, 21–25, 29–31, 33, 35–37, 39)

#### § 3 Persönlicher Geltungsbereich:

§ 3 Abs. 1 definiert die durch das BVergG erfassten öffentlichen Auftraggeber und ist inhaltlich unverändert. Die Abs. 2 bis 5 enthalten zum Teil neue Bestimmungen für subventionierte Einrichtungen, öffentliche Auftraggeber, die als Subventionsgeber und gleichzeitig als vergebende Stelle auftreten sowie Sonderbestimmungen für Baukonzessionäre, die keine öffentlichen Auftraggeber sind. Anzumerken ist, dass subventionierte Einrichtungen (Abs. 2) nun ex lege zur Einhaltung des BVergG verpflichtet werden, einer Verpflichtungserklärung im jeweiligen Rechtsakt oder Vertrag bedarf es nicht mehr. Für diese Art der Auftragsvergaben ist nun somit auch der vergabespezifische Rechtsschutz anwendbar.

#### §§ 4 bis 9 Auftragsarten:

Die Definition der Bauaufträge, Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge, Baukonzessionsverträge und Dienstleistungskonzessionsverträge bleibt weitgehend unverändert. § 9 Abs. 2 und 3 enthält zusätzliche Abgrenzungsregelungen.

#### §§ 13 bis 17 Berechnung des geschätzten Auftragswertes:

§ 13 enthält nun eine Zusammenfassung jener Bestimmungen, die für die Berechnung des Auftragswertes allgemein maßgeblich waren. Die §§ 14 bis 17 enthalten wie bisher die Bestimmungen über die Berechnung des geschätzten Auftragswertes für die verschiedenen Auftragsarten. Anzumerken ist, dass nun eine so genannte Losregelung (bisher § 16 Abs. 6 und 7 BVergG 2002) sowohl für Bau-, als auch für Liefer- und Dienstleistungsaufträge vorgesehen ist (§ 14 Abs. 3, § 15 Abs. 4, § 16 Abs. 5). Neu ist die ebenfalls für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge getroffene Losregelung für den Unterschwellenbereich (§ 14 Abs. 4, § 15 Abs. 5, § 16 Abs. 6).

Eine wesentliche Neuerung besteht darin, dass bei Bauaufträgen im Unterschwellenbereich gemäß § 14 Abs. 4 für die Wahl des Vergabeverfahrens der Wert der einzelnen Lose als Auftragswert gilt. Ein Gewerk mit einem geschätzten Wert von unter € 40.000,- kann gemäß den Gesetzesmaterialien auch dann im Weg der

Direktvergabe vergeben werden, wenn dieses Gewerk Teil eines Bauauftrages ist, dessen geschätzter Auftragswert über € 40.000,- (aber noch im Unterschwellenbereich) liegt. Eine ähnliche, aber etwas eingeschränktere Regelung findet sich bei den Liefer- und Dienstleistungsaufträgen (§ 15 Abs. 5, § 16 Abs. 6).

#### **§ 19 Grundsätze des Vergabeverfahrens:**

Die Bestimmungen des BVergG 2002 wurden teilweise umformuliert, eine inhaltliche Änderung ist damit jedoch nicht verbunden.

#### **§ 20 Allgemeine Bestimmungen über Bewerber und Bieter:**

Der Anerkennungs- bzw. Gleichhaltungsbescheid muss nun spätestens zum Zeitpunkt der Zuschlagsentscheidung vorliegen (§ 20 Abs. 1), ansonsten ist das Angebot auszuschneiden (129 Abs. 1 Z. 11). Der Auftraggeber ist auf das Erfordernis einer Anerkennung oder Gleichhaltung bereits in der Vorinformation (§ 53 Abs. 5) und in der Bekanntmachung (§ 46 Abs. 2) hinzuweisen.

Gemäß den Abs. 2 und 3 kann aus sachlichen Gründen die Teilnahme oder Bildung von Arbeits- oder Bietergemeinschaften für unzulässig erklärt werden oder es kann die Mitgliederanzahl beschränkt werden. Ferner können Beschränkungen betreffend die Zusammensetzung von Arbeits- oder Bietergemeinschaften vorgesehen werden (z. B. ein Verbot der Mehrfachbeteiligung). Beschränkungen müssen stets sachlich gerechtfertigt werden können (z. B. Gewährleistung eines echten Wettbewerbes, wenn in einem Marktsegment nur eine begrenzte Anzahl von Bietern existiert).

Arbeits- und Bietergemeinschaften sind parteifähig, jedoch nur im Umfang der ihnen vom BVergG gewährten Rechte. Demgemäß ist nur die Arbeits- oder Bietergemeinschaft als solche berechtigt, einen Nachprüfungsantrag zu stellen, nicht hingegen einzelne Mitglieder.

Abs. 4 enthält eine neue Bestimmung über die Bekanntgabe verantwortlicher natürlicher Personen.

Abs. 5 (Vorarbeitenproblematik) ist inhaltlich unverändert.

#### **§ 21 Vorbehaltene Aufträge für geschützte Werkstätten oder integrative Betriebe:**

Durch diese neue Bestimmung kann das Recht zur Teilnahme am Vergabeverfahren auf geschützte Werkstätten oder integrative Betriebe beschränkt werden.

#### **§ 22 Leistungen/Teilleistungen:**

Die Bestimmungen sind gegenüber dem BVergG 2002 inhaltlich unverändert.

#### **§ 23 Vertraulichkeit/Verwertungsrechte:**

Die Bestimmungen wurden aus systematischen Erwägungen zusammengefasst und zum Teil ergänzt.

#### **§ 24 Preis:**

Die Bestimmungen sind gegenüber dem BVergG 2002 inhaltlich unverändert.

#### **§ 25 Arten der Vergabeverfahren:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 23 BVergG 2002. Die Regelung über Wettbewerbe wurde im § 26 getroffen. Die Auflistung der Vergabeverfahren wurde um die neuen Verfahren „dynamisches Beschaffungssystem“ und „wettbewerblicher Dialog“ ergänzt.

Geändert wurde die Definition der Rahmenvereinbarung. Insbesondere wurde klargestellt, dass den Auftraggeber bei Rahmenvereinbarungen keine Abnahmeverpflichtungen treffen (§ 25 Abs. 7). Im Gegensatz zum BVergG 2002 (§ 29) sind Rahmenvereinbarungen nun auch im Oberschwellenbereich zulässig.

Neue Verfahrensarten stellen das „dynamische Beschaffungssystem“ (§ 25 Abs. 8) und der „wettbewerbliche Dialog“ (§ 25 Abs. 9) dar.

#### **§ 27 Wahl des offenen und des nicht offenen Verfahrens mit vorheriger Bekanntmachung:**

Die freie Wahlmöglichkeit zwischen diesen beiden Verfahrensarten wurde beibehalten.

#### **§ 43 Übermittlung von Unterlagen:**

In Abs. 1 wird die Übermittlung jeder Art von Information auf elektronischem Weg der brieflichen Übermittlung gleichgestellt.

Der Einsatz von E-Mail für ein konkretes Vergabeverfahren darf nur beim Vorliegen einer sachlichen Rechtfertigung ausgeschlossen werden.

Die Zulässigkeit elektronischer Angebote ist möglichst frühzeitig, spätestens jedoch in den Ausschreibungsunterlagen bekannt zu geben (Abs. 3).

Eine elektronische Signatur ist nur für die Übermittlung der im Abs. 4 genannten Unterlagen erforderlich.

Gemäß Abs. 6 ist zwingend eine Faxnummer oder eine elektronische Adresse bekannt zu geben, an die Dokumente rechtsgültig übermittelt werden können.

#### **§ 44 Statistische Verpflichtungen:**

Die Nichtvorlage der in dieser Bestimmung genannten Statistiken stellt eine Verwaltungsübertretung dar. § 44 Abs. 2 Z. 3 (Statistiken auch für den Unterschwellenbereich) findet keine Anwendung, weil die Kommission noch keine Konkretisierung dieser Verpflichtung getroffen hat.

#### § 45 Übermittlung von sonstigen Unterlagen:

Mitteilungs- oder Berichtspflichten an die Kommission oder an EWR-Organe haben im Vollziehungsbereich des Landes im Weg der jeweiligen Landesregierung an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu erfolgen.

#### § 56 Berechnung der Fristen:

Die bisherige Regelung des § 46 BVergG 2002 wurde dahingehend umgestaltet, dass jeweils getrennte Bestimmungen für Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahresfristen bzw. Stundenfristen getroffen wurden.

§ 57 enthält Grundsätze für die Bemessung und Verlängerung von Fristen.

#### Zu § 58 Übermittlungs- und Auskunftsfristen:

Nicht elektronisch zugänglich gemachte Ausschreibungsunterlagen sind spätestens innerhalb von sechs Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrages zu übermitteln (Abs. 1). Abs. 2 normiert zusätzlich eine Frist für die Erteilung von Auskünften (sechs bzw. vier Tage vor Ablauf der Angebotsfrist).

#### §§ 59 bis 67 Reguläre und verkürzte Fristen für Vergabeverfahren im Ober- und Unterschwellenbereich:

Die Dauer der Teilnahme- und Angebotsfristen ist mit einer geringfügigen Ausnahme gegenüber dem BVergG 2002 unverändert geblieben (eine Änderung ergibt sich nur insofern, als gemäß § 61 Satz 1 eine Verkürzung der Frist im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung nun auf 22 Tage statt wie bisher auf 26 Tage möglich ist). Neue Fristen wurden für die neuen Verfahrensarten geschaffen. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit der Verkürzung der Angebots- und Teilnahmefristen im Ober- und Unterschwellenbereich bei Verwendung elektronischer Medien (§§ 62 und 66).

#### § 68 Ausschlussgründe:

Die bisherigen Ausschlussgründe wurden mit geringfügigen Änderungen und folgenden Neuregelungen übernommen.

Im § 68 Abs. 1 Z. 1 wird ein zusätzlicher Ausschlussgrund für den Fall normiert, dass der Auftraggeber Kenntnis von einer rechtskräftigen Verurteilung eines Unternehmers hat, die einen der dort genannten Tatbestände betrifft.

§ 68 Abs. 1 Z. 5 umfasst nun auch Verfehlungen gegen das Umweltrecht.

Ebenfalls neu sind die Regelungen in den Abs. 2 und 3, wonach unter bestimmten Voraussetzungen von einem Ausschluss abgesehen werden kann.

#### § 69 Zeitpunkt des Vorliegens der Eignung:

Inhaltlich ergibt sich gegenüber der bisherigen Regelung keine Änderung, für das dynamische Beschaffungssystem und den wettbewerblichen Dialog wurden jeweils zusätzliche Bestimmungen aufgenommen (Z. 7 und 8).

#### § 79 Grundsätze der Ausschreibung:

Die Grundsätze sind weitgehend unverändert geblieben (bisher § 66 BVergG 2002).

#### § 80 Inhalt der Ausschreibungsunterlagen:

Neu ist, dass nun zwingend der Auftraggeber und gegebenenfalls die vergebende Stelle und zusätzlich auch die zuständige Vergabekontrollbehörde ausdrücklich anzugeben sind.

Neu ist ferner die im letzten Satz des Abs. 3 enthaltene Vorschrift, dass der Zuschlag auf das Angebot mit dem niedrigsten Preis erfolgt, wenn der Auftraggeber keine Festlegungen betreffend das Zuschlagsprinzip trifft.

Zu den Zuschlagskriterien wird in den Gesetzesmaterialien ausdrücklich darauf hingewiesen, dass – trotz teilweise geänderter Formulierungen – inhaltlich gegenüber der bisherigen Rechtslage keine Änderungen eintreten (vgl. auch § 2 Z. 17 lit b). Auch die Behandlung von Rechenfehlern ist inhaltlich unverändert geblieben.

#### § 85 Arten und Mittel zur Sicherstellung:

Anders als bisher ist in den Ausschreibungsunterlagen als Mittel zur Sicherstellung die Bankgarantie festzulegen. Dem Bieter wird es freigestellt, die Bankgarantie durch andere Sicherungsmittel zu ersetzen.

#### §§ 91 bis 94 Besondere Bestimmungen betreffend elektronisch einzureichende Angebote:

§ 91 entspricht weitgehend der bisherigen Regelung (§ 68 Abs. 1, 1. und 2. Satz BVergG 2002). Die §§ 92 bis 94 enthalten zusätzliche Bestimmungen aus der E-Procurement-Verordnung über Kommunikationswege, Dokumentenformate und Verschlüsselung.

#### §§ 95, 96 Arten und Grundsätze der Leistungsbeschreibung:

§ 95 enthält eine neue Definition der konstruktiven und funktionalen Leistungsbeschreibung. Die Grundsätze der Leistungsbeschreibung im § 96 entsprechen im Wesentlichen den bisherigen Bestimmungen.

#### § 97 Erstellung eines Leistungsverzeichnisses:

Die Bestimmung entspricht weitgehend der bisherigen Regelung im § 76 BVergG 2002. Eine wesentliche Änderung enthält jedoch § 97 Abs. 2. Nach den Gesetzesmaterialien kann nun der Auftraggeber in einzelnen

Punkten von den Leitlinien (Ö-Normen, standardisierte Leistungsbeschreibungen) abweichende Festlegungen treffen, ohne dass dies sachlich zu rechtfertigen wäre. Die inhaltliche Grenze für Abweichungen bildet nur mehr das Missbrauchsverbot. Abweichungen sind in den Ausschreibungsunterlagen offen zu legen. Zudem sind die Gründe für die abweichenden Festlegungen vom Auftraggeber fest zu halten und den Unternehmern auf Anfrage unverzüglich bekannt zu geben.

#### § 99 Vertragsbestimmungen:

Die Aufzählung der Vertragsbestimmungen ist gegenüber der bisherigen Regelung im § 80 BVergG 2002 weitgehend unverändert geblieben. Z. 13 (Berücksichtigung sozialer oder ökologischer Aspekte) ist nun auch auf Lieferaufträge anwendbar. Gemäß Abs. 2 kann im Gegensatz zur bisherigen Regelung auch bei den Vertragsbestimmungen in einzelnen Punkten von Leitlinien (Ö-Normen, standardisierte Leistungsbeschreibungen) ohne sachliche Rechtfertigung abgewichen werden (siehe Anmerkungen zu § 97).

#### §§ 101 bis 105 Ablauf einzelner Vergabeverfahren:

Der Ablauf des offenen, des nicht offenen und des Verhandlungsverfahrens wird nun in einem eigenen Abschnitt zusammengefasst. Die bisherigen Regelungen der §§ 31 bis 35 und 96 BVergG 2002 werden zum größten Teil übernommen. Änderungen bzw. Ergänzungen betreffen insbesondere folgende Punkte:

Gemäß § 103 Abs. 2 können Anträge auf Teilnahme im nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung und in Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung nur brieflich oder elektronisch gestellt werden. Telefonisch oder mittels Telefax können nur „Interessenbekundungen“ übermittelt werden.

§ 103 Abs. 3 verpflichtet den Unternehmer, jene Subunternehmer, die er für den Nachweis seiner Leistungsfähigkeit benötigt, bereits im Teilnahmeantrag bekannt zu geben, wenn er sich an einem zweistufigen Verfahren beteiligt.

Gemäß § 103 Abs. 6 sind bei nicht offenen und Verhandlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung die Auswahlkriterien bereits in der Bekanntmachung bekannt zu geben.

§ 103 Abs. 8 beschränkt die Teilnahmeanträge im Oberschwellenbereich. Im Unterschwellenbereich dürfen so wie bisher zusätzliche Unternehmer zur Teilnahme eingeladen werden, wenn weniger Teilnahmeanträge als die festgelegte Anzahl einlangen.

Die §§ 101 und 104 enthalten allgemeine Grundsätze über den Ablauf des offenen und des nicht offenen Verfahrens.

§ 105 enthält nun auch einen Rahmen für den Ablauf eines Verhandlungsverfahrens (siehe Teil A)

§ 106 (Allgemeine Bestimmungen) und § 107 (Form der Angebote) sind inhaltlich gegenüber dem BVergG 2002 weitgehend unverändert.

#### § 108 Inhalt der Angebote:

Z. 2 enthält eine neue Regelung betreffend die Bekanntgabe von Subunternehmerleistungen.

§ 109 beinhaltet besondere Bestimmungen über den Inhalt eines Angebotes bei funktionaler Leistungsbeschreibung.

#### § 111 Vergütung für die Ausarbeitung der Angebote:

Im Gegensatz zur Regelung des BVergG 2002 wird im Abs. 3 die Vergütungspflicht für die Erstellung von Angeboten bei funktionaler Leistungsbeschreibung nicht mehr ausgeschlossen.

#### § 112 Zuschlagsfrist:

Die bisherige Regelung gemäß § 79 BVergG 2002 bleibt weitgehend unverändert. Ergänzende Bestimmungen finden sich im Abs. 2. Wenn der Auftraggeber eine Erstreckung der Bindungswirkung wünscht, muss er aus Gründen der Gleichbehandlung alle Bieter um Erstreckung ersuchen.

§§ 113 bis 116 enthalten eine neue zusammenfassende Regelung für die elektronische Übermittlung von Angeboten.

§§ 117 und 118 (Entgegennahme, Verwahrung und Öffnung der Angebote) entsprechen mit folgenden Ergänzungen den Bestimmungen der §§ 87 und 88 BVergG 2002:

Im § 117 Abs. 4 wird nun ausdrücklich festgelegt, dass der Auftraggeber vom Inhalt der Angebote erst nach Ablauf der Angebotsfrist Kenntnis erhalten darf.

Ebenfalls neu ist die Regelung gemäß § 118 Abs. 5 Z. 4, betreffend die Verlesung von Bieterangaben.

§§ 119 bis 121 enthalten die entsprechenden Bestimmungen für die Entgegennahme und Öffnung von elektronisch übermittelten Angeboten.

#### §§ 122 bis 124 Prüfung der Angebote:

Neu aufgenommen wurde im § 122 die Regelung, dass allenfalls beigezogene Sachverständige unbefangen und von den Bietern unabhängig sein müssen. Darüber hinaus ergeben sich gegenüber den §§ 92 und 93 BVergG 2002 keine inhaltlichen Änderungen.

### § 125 Prüfung der Preisangemessenheit:

Gemäß Abs. 5 sind nun auch die am Ort der Leistungserbringung geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen oder die etwaige Gewährung einer staatlichen Beihilfe an den Bieter bei der vertieften Angebotsprüfung zu berücksichtigen. Von der Vorgehensweise gemäß Abs. 5 kann abgesehen werden, wenn der geschätzte Auftragswert € 120.000,- nicht erreicht.

Hinzuweisen ist auch auf die im Oberschwellenbereich geltende Regelung des Abs. 6 betreffend Angebote, die aufgrund einer staatlichen Beihilfe einen ungewöhnlich niedrigen Angebotspreis aufweisen.

### § 126 Vorgehen bei Mangelhaftigkeit der Angebote:

Neu ist der letzte Satz im Abs. 1, wonach von der Vorgehensweise gemäß diesem Absatz abgesehen werden kann, wenn der geschätzte Auftragswert € 120.000,- nicht erreicht. Unter diesen Voraussetzungen kann z. B. auch eine nur mündliche Aufklärung verlangt werden.

Die Rechenfehlerregelung im Abs. 4 bleibt gegenüber dem BVergG 2002 unverändert.

### §§ 127 und 128 Aufklärungsgespräche und Erörterungen, Niederschrift über die Prüfung:

§ 127 Abs. 1 wurde insofern ergänzt, als nun auch die Erfüllung von Mindestanforderungen als Gegenstand von Aufklärungsgesprächen zugelassen wird, ansonsten wurden die bisherigen Bestimmungen unverändert übernommen.

### § 129 Ausscheiden von Angeboten:

Die bisherige Regelung im § 98 BVergG 2002 wurde weitgehend übernommen, auf folgende Änderungen ist zu verweisen:

Z. 1 verweist auf die Ausschlussstatbestände des § 20 Abs. 5 (Vorarbeiten) sowie des § 68 Abs. 1 (Ausschlussgründe).

In Z. 7 wird ergänzend klargestellt, dass auch Alternativangebote, die die Mindestanforderungen nicht erfüllen, auszuschneiden sind.

Neu eingefügt wurde Z. 10, wonach Angebote von nicht aufgeforderten Bietern auszuschneiden sind.

Eine weitere Änderung enthält Abs. 2 (bisher § 98 Z. 5 BVergG 2002). Wenn es Bieter unterlassen, verlangte Aufklärungen zu geben oder wenn eine nachvollziehbare Begründung fehlt, kann zwar das Angebot ausgeschieden werden, dies ist aber im Unterschied zur bisherigen Regelung nicht mehr zwingend. Der Bieter kann sich also der Bindung an sein Angebot nicht mehr dadurch entziehen, dass er Anfragen des Auftraggebers unbeantwortet lässt.

Gemäß Abs. 3 hat der Auftraggeber den Bieter vom Ausscheiden seines Angebotes unter Angabe des Grundes nachweislich elektronisch oder mittels Telefax zu verständigen, weil das Ausscheiden nun eine gesondert anfechtbare Entscheidung darstellt. Ferner wird in den Gesetzesmaterialien darauf hingewiesen, dass es mangels eigener Regelungen über den zeitlichen Ablauf der Angebotsprüfung und über den Zeitpunkt des Ausscheidens auch zulässig ist, die Entscheidung über das Ausscheiden und über den Zuschlag gleichzeitig bekannt zu geben.

### §§ 135 bis 137 Beendigung des Vergabeverfahrens, Dokumentations- und Archivierungspflichten:

§ 136 regelt nun zusammengefasst den Mindestinhalt eines Vergabevermerks. Ein solcher kann bei Vergabeverfahren, deren geschätzter Auftragswert € 120.000,- nicht erreicht, unterbleiben, sofern die entsprechenden Angaben ohne großen Aufwand aus der Vergabedokumentation ersichtlich sind.

Die vierjährige Aufbewahrungspflicht gemäß § 137 bezieht sich nur auf Angebote, die auf elektronischem Weg eingereicht wurden und ist daher für Angebote in Papierform nicht anwendbar.

### § 142 Baukonzessionsverträge, Vergabe von Bauaufträgen durch Baukonzessionäre:

§ 142 Abs. 1 regelt die Vergabe von Baukonzessionsverträgen durch einen öffentlichen Auftraggeber, § 142 Abs. 3 die Vergabe von Bauaufträgen durch Baukonzessionäre an Dritte.

Im Abs. 2 wird nun ausdrücklich festgelegt, dass bei der Vergabe eines Baukonzessionsvertrages das offene, das nicht offene oder das Verhandlungsverfahren frei gewählt werden kann, verpflichtend ist lediglich die vorherige öffentliche Bekanntmachung. Unter den im Abs. 2 genannten Voraussetzungen ist nun auch ein wettbewerblicher Dialog zulässig.

### §§ 163 bis 290 Vergabeverfahren für Sektorauftraggeber

#### §§ 291 bis 334 Rechtsschutz

#### §§ 335 bis 337 Außerstaatliche Kontrolle

#### § 338 Schadenersatzansprüche:

Die bisherige Regelung des § 181 BVergG 2002 wird mit einigen terminologischen Anpassungen weitgehend übernommen.

Entgegen der bisherigen Regelung (§ 181 Abs. 2 BVergG 2002) ist die Einbringung einer Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshofbeschwerde nicht mehr Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch.

### § 341 Zuständigkeit und Verfahren:

Im Abs. 2 wurde klargestellt, dass eine Schadenersatzklage nur dann zulässig ist, wenn eine entsprechende Feststellung der jeweils zuständigen Vergabekontrollbehörde erfolgt ist. Die möglichen Feststellungen der Vergabekontrollbehörden wurden um vier neue Fälle erweitert (§ 341 Abs. 2 Z. 2 bis 5). Darüber hinaus ist nun auch die Geltendmachung wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsansprüche nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die jeweils zuständige Vergabekontrollbehörde einen Verstoß gegen das BVergG festgestellt hat.

Gemäß Abs. 3 ist eine solche Feststellung allerdings dann nicht erforderlich, wenn die Erklärung des Widerrufs eines Vergabeverfahrens rechtmäßig war, aber vom Auftraggeber schuldhaft verursacht wurde (z. B. durch rechtswidrige und nicht behebbare Mängel der Ausschreibung).

### § 344 Strafbestimmungen:

Die Regelung entspricht § 187 BVergG 2002, die Höhe der maximal zu verhängenden Geldstrafe wird auf € 15.000,- angehoben.

Abteilung Justizariat,  
Zahl Präs.IV-GE1990d vom 28. März 2006

## 26.

### Aktion Kunst im öffentlichen Raum

#### Gegenwartskunst im Landschafts- und Siedlungsraum

Das Land Tirol führt 2006 erstmals die Aktion Kunst im öffentlichen Raum durch und stellt dafür einen Betrag von insgesamt € 100.000,- zur Verfügung.

Kunst im öffentlichen Raum stellt eine der wenigen Formen dar, wie Kunst über den Fachbereich hinaus in direkten Dialog mit den Bewohnern des jeweiligen Gebietes treten kann. Diese zeitgemäße Form der künstlerischen Gestaltung ist verbunden mit sozialen, politischen und gesellschaftlichen Anliegen und berücksichtigt die spezifischen Eigenheiten eines Ortes. Historische Bezüge, Gegenwart und Zukunft können die Arbeit tangieren.

Das jeweilige Kunstprojekt kann temporär oder permanent sein, kann die Bereiche bildende Kunst, Literatur, Musik, Film usw. umfassen. Wesentlich ist die hohe Qualität im Sinn der zeitgenössischen Kunst, die der jeweiligen Gemeinde auch die Möglichkeit zur Profilierung bietet.

2006 kann nun zum ersten Mal ein Projekt, das den oben beschriebenen Kriterien entspricht, von Seiten einer Gemeinde bei der Abteilung Kultur des Landes Tirol eingereicht werden. Eine Fachjury wird aus den Einsendungen maximal vier Projekte zur Realisierung auswählen und diese in ihrem Verlauf begleiten.

Diese Aktion des Landes richtet sich ausschließlich an die Tiroler Gemeinden. Diese sind eingeladen bis

zum November 2006 Projekte bei der Abteilung Kultur im Amt der Tiroler Landesregierung einzureichen.

Das Land übernimmt einen Kostenanteil bis zu maximal 60 Prozent der Projektkosten, wobei der Gesamtbeitrag des Landes für die maximal vier auszuwählenden Projekte von € 100.000,- nicht überschritten werden kann. Mit dem Projekt eventuell verbundene bauliche Vorhaben können nicht eingerechnet werden.

Die eingereichten Konzepte müssen jedenfalls enthalten:

- Eine inhaltliche Beschreibung des zu fördernden Projekts;
- Eine ungefähre Kostenschätzung;
- Ein Gesamtfinanzierungskonzept einschließlich der Mittel der einreichenden Gemeinde, weiterer Finanzierungsquellen sowie der beim Land beantragten Mittel.

Nach Auswahl der vom Land zu fördernden Projekte wird zwischen der jeweiligen Gemeinde und dem Land Tirol ein Fördervertrag abgeschlossen.

Für weitere Informationen steht Frau Mag. Verena Bäumler, Abteilung Kultur, Tel. 0512/508-3765, E-mail: v.baeumler@tirol.gv.at gerne zur Verfügung.

Landesrat Dr. Erwin Koler  
Kulturreferent des Landes Tirol

## 27.

### Küchenabfallentsorger aus abfallrechtlicher Sicht

Die Abteilung Umweltschutz hatte sich in letzter Zeit mit einem „Küchenabfallentsorger“ abfallrechtlich auseinanderzusetzen.

#### Betriebsbeschreibung laut Prospekt:

Der „Küchenabfallentsorger“ ist an das entsprechende Küchenbecken zu installieren. Die Speisereste sind in den Abfluss zu geben. In weiterer Folge verflüssigt der Entsorger die Speisereste und spült sie in das zentrale Abwassersystem. Dies geschieht ohne die Verwendung von Messern und Klingen. Die Speisereste fallen auf eine rotierende Metallplatte und werden durch die Zentrifugalkraft fortwährend an die Außenwand gedrückt. Sie werden dann durch den Druck auf die Mahloberfläche der Wand in kleinste Teilchen zerkleinert.

#### Rechtliche Überlegungen:

Das gegenständliche Gerät dient der Zerkleinerung und Verpressung von Küchen- und Speiseresten und damit von organischen Abfällen. Durch die bloße Zerkleinerung und Verpressung verlieren die Küchen- und Speisereste nicht ihre Abfalleigenschaft.

Küchen- und Speisereste zählen zu den biogenen Abfällen im Sinn des § 1 Z. 1 und 2 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle, BGBl. Nr. 68/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 456/1994. Sofern diese nicht im unmittelbaren Bereich des Haushaltes oder der Betriebsstätte verwertet werden, sind sie für eine getrennte Sammlung bereitzustellen oder zu einer dafür vorgesehenen Sammelstelle zu bringen.

Unter dem Blickwinkel landesrechtlicher Bestimmungen sind Küchen- und Speisereste als kompostierfähige Abfälle im Sinn des § 5 Abs. 1 lit. a und b Tiroler Abfallwirtschaftskonzept (TAWK), LGBL. Nr. 1/1993, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 27/2005, zu qualifizieren. Eine Zusammenschau der Bestimmungen des dritten Abschnittes des Tiroler Abfallwirtschaftsgesetzes (TAWG), LGBL. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 44/2003, ergibt, dass biogene Abfälle für eine getrennte Sammlung bereitzustellen sind. Dies gilt nur dann nicht, wenn sie auf dem Grundstück des Inhabers der Abfälle kompostiert werden (ähnlich auch die Regelung des § 5 Abs. 3 TAWK).

Eine Verwertung von Küchenabfällen ist daher nur dann anzunehmen, wenn eine Kompostierung oder ein sonstiges biologisches Umwandlungsverfahren stattfindet (vgl. Anhang 2 Teil 1 zum AWG 2002). Das bloße Zerkleinern und Verpressen von organischen Abfällen stellt dem gegenüber keine zulässige Verwertung dar und widerspricht somit § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle sowie den einschlägigen Bestimmungen des TAWG und TAWK.

Gemäß § 15 AWG 2002 sind Abfälle vom Abfallbesitzer einem zur Sammlung und Behandlung Berechtigten rechtzeitig zu geben, sofern er nicht zur entsprechender Behandlung berechtigt oder im Stande ist. Wie den vorausgegangen Erläuterungen zu entnehmen ist, stellt lediglich die Kompostierung von Küchenabfällen eine zulässige Verwertung im unmittelbaren Bereich des Haushaltes oder der Betriebsstätte dar. Dies ist beim Zerkleinern und Verpressen mit dem einzigen Zweck, das Volumen des Abfalls zu verringern und in weiterer Folge diese Abfälle über die Kanalisation zu entsorgen, nicht der Fall. Ein solches Vorgehen widerspricht § 15 Abs. 5 AWG 2002.

Der Einsatz des in der Frage beschriebenen Gerätes stellt eine Übertretung verschiedenster abfallrechtlicher Normen dar. Es kommen folgende Verwaltungsstrafatbestände in Betracht:

- § 79 Abs. 2 Z. 4 AWG 2002 (Verstoß gegen § 15 Abs. 5 AWG 2002);
- Verwaltungsübertretung gemäß § 79 Abs. 2 Z. 1 AWG 2002 (Verstoß gegen die Trennpflicht gemäß § 2 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle);
- Verwaltungsübertretung gemäß § 27 Abs. 2 lit. a TAWG (Verstoß gegen die Bestimmungen des 3. Abschnittes des TAWG).

Darüber hinaus ist die Bezirksverwaltungsbehörde verpflichtet, Maßnahmen zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes zu treffen. Im Rahmen eines solchen Auftrages ist es zulässig, die Demontage des beschriebenen Gerätes anzuordnen.

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR MÄRZ 2006**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2006 (endgültig)	März 2006 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	100,7	101,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	111,4	111,7
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	117,2	117,6
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	153,3	153,7
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	238,3	239,0
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	418,1	419,4
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	532,7	534,3
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	534,4	536,0

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat März 2006 beträgt 101,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Februar 2006 (100,7 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (Februar 2006 gegenüber Jänner 2006: +0,3%). Gegenüber März 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (Februar 2006/2005: +1,2%).

**Erscheinungsort Innsbruck**  
**Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck